

# Flucht-Zuwanderung und Wohnungsnot in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten am Beispiel Saalfeld/Thüringen

---

*Galyna Sukhomud, Lara Hartig und Heike Hanhörster*

Die Wohnungsnot ist eine zentrale Herausforderung in deutschen Großstädten. Zahlreiche Medienberichte und wissenschaftliche Beiträge beschäftigen sich mit der Wohnungskrise in Ballungsräumen. Deutlich weniger Aufmerksamkeit erhalten Wohnprobleme in Klein- und Mittelstädten, insbesondere in Ostdeutschland.<sup>1</sup> Dort äußert sich die Wohnungsnot nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ – etwa in dem Mangel an bezahlbarem, bedarfsgerechtem und infrastrukturell angebundenem Wohnraum. Von erschwerten Zugängen zum Wohnungsmarkt besonders betroffen sind vulnerable Bevölkerungsgruppen, darunter Geflüchtete und andere Migrant:innen.

Die Entwicklung des Wohnungsmarkts in Ostdeutschland ist räumlich stark polarisiert und spiegelt allgemeine demografische Trends wider. Das zeigt sich am Beispiel Thüringens, wo die Bevölkerung seit den 1990er Jahren stark zurückgegangen ist. Nach Angaben des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft verzeichnen Städte wie Weimar, Jena und Erfurt durchaus ein leichtes Bevölkerungswachstum. Dieser Bevölkerungsgewinn speist sich fast ausschließlich aus internationaler Zuwanderung, vor allem im Zusammenhang mit der Aufnahme Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2022. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wurden ostdeutsche Städte aufgrund ihrer geografischen Nähe zur Ukraine zu wichtigen Zielorten. Während die Bevölkerungszahlen in einigen Mittel- und Großstädten durch Zuwanderung leicht wachsen oder relativ stabil bleiben, schreiten Bevölkerungsrückgang und Alterung in Klein- und Mittelstädten beziehungsweise in ländlichen Regionen weiter voran.

Die Thüringer Stadt Saalfeld dient in diesem Beitrag als Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, die sich im Kontext des allgemeinen Schrumpfungsprozesses intensiv mit der Aufnahme von Geflüchteten und ihren Zugängen zu Wohnraum auseinandersetzt. Die Zuwanderungsprozesse und die kommunale Integrationspolitik

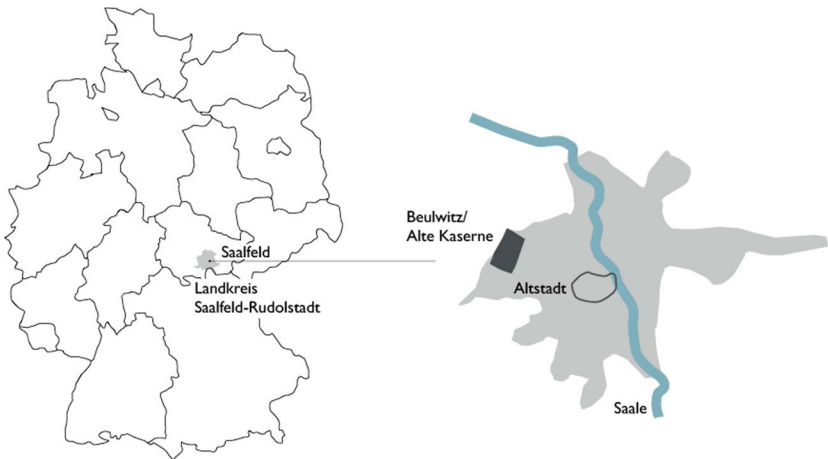
---

1 Zu Wohnungsfragen in Thüringer Klein- und Mittelstädten siehe Schönig, Unter dem Radar.

der Stadt Saalfeld wurden im Kontext des Praxis-Forschungsprojektes »Teilhabe in ›neuen‹ Ankunftsquartieren stärken«<sup>2</sup> in den Jahren 2024 und 2025 untersucht.

Saalfeld liegt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Süden Thüringens (siehe Schaubild 1). Die Mittelstadt zählt rund 29.000 Einwohner:innen. Während der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Thüringen laut Daten des Landesamts für Statistik im Jahr 2012 lediglich 1,1 Prozent betrug, lag er im Jahr 2021 immerhin bei 3,1 Prozent. Im Landkreis liegt der Anteil aktuell bei etwa 5,7 Prozent und damit ebenfalls unter dem bundesweiten Durchschnitt. Der deutliche Anstieg ist unter anderem auf die seit 2012 verstärkte Umverteilung von Asylsuchenden nach dem Königsteiner Schlüssel zurückzuführen. Der Zuzug in den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ist aktuell von Personen aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan und der Türkei geprägt. Kleinräumig konzentriert sich ihr Ankommen besonders im Saalfelder Quartier Beulwitz/Alte Kaserne, das am westlichen Stadtrand liegt. Von den dort lebenden etwa 1.200 Einwohner:innen haben rund 80 Prozent eine Migrationsgeschichte. Der Landkreis betreibt in einem ehemaligen Kasernengebäude eine Gemeinschaftsunterkunft und hat zusätzlich beleggebundene Wohnungen für Geflüchtete angemietet.

*Schaubild 1: Lage der Stadt Saalfeld und ihres Quartiers Beulwitz/Alte Kaserne*



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von OpenStreetMap Contributors.

Anhand der Fallstudie Saalfeld beleuchten wir im Folgenden die Mechanismen der Wohnungsmärkte in ostdeutschen Klein- oder Mittelstädten. Wir zeigen, dass

2 <https://www.ankunftsquartiere-staerken.de> (16.11.2025).

die Wohnungskrise den Zugang zu Wohnungen insbesondere für Geflüchtete erschwert, dass sie zu Fehlbelegungen und verdeckter Wohnungslosigkeit führt sowie darüber hinaus den Fortzug beziehungsweise den Wunsch fortzuziehen verstärkt. Wir schließen den Beitrag mit Hinweisen auf kommunale Handlungsmöglichkeiten.

## **Der Wohnungsmarkt für Geflüchtete in Ostdeutschland: Strukturelle Herausforderungen und ausbeuterische Vermietung**

Obwohl Thüringen im bundesweiten Vergleich über einen recht hohen Wohnungsleerstand verfügt, ist der Zugang zu Wohnraum für viele geflüchtete Personen schwer. Der überwiegende Teil der für Zugewanderte potenziell zugänglichen Wohnungen wird von kommunalen Wohnungsunternehmen und -genossenschaften bereitgestellt. Nach der deutschen Wiedervereinigung ist der Anteil von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen in Ostdeutschland jedoch deutlich zurückgegangen. Die neu gegründeten kommunalen Wohnungsunternehmen wurden finanziell stark belastet, da die früheren DDR-Subventionen in Schulden an westdeutsche Banken umgewandelt wurden. Nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz waren die Wohnungsunternehmen verpflichtet, 15 Prozent ihres Wohnungsbestands zu privatisieren, um einen Teilschuldenerlass zu erhalten. Dies führte zur Veräußerung von rund 230.000 Wohnungen in Ostdeutschland. Darüber hinaus schränken die Altschulden den Handlungsspielraum der ostdeutschen Wohnungsunternehmen bei Instandhaltung und Modernisierung erheblich ein, was den Verfall des Wohnungsbestands beschleunigt und weiteren Abriss verursacht.<sup>3</sup> Laut einem Bericht der Wohnungswirtschaft Thüringen tragen Wohnungsunternehmen im Freistaat nach wie vor Altschulden in Höhe von etwa 100 bis 150 Millionen Euro. Darüber hinaus befindet sich der Großteil des Bestands kommunaler Wohnungsunternehmen in ehemaligen DDR-Großwohnsiedlungen, die häufig in Randgebieten mit einer geringen Dichte an Infrastruktur liegen. Nach der Wende erlebten diese Stadtteile einen besonders starken Bevölkerungsrückgang. Folge waren der Verfall der verbliebenen Infrastruktur und weitere unsystematische Abrissmaßnahmen, die die Lebensqualität in den häufig peripher gelegenen Wohnsiedlungen weiter verschlechterte.

Diese Strukturen spiegeln sich in unserer Fallstudie Saalfeld. Im Stadtteil Beulwitz/Alte Kaserne gehören zwei Wohnblöcke dem kommunalen Wohnungsunternehmen WOBAG (Abbildung 1, links), sieben weitere dem privaten Immobilienunternehmen VELERO (Abbildung 1, rechts) sowie ein Wohnblock der GIV, einer Toch-

---

3 Zu landeseigenen Wohnungsunternehmen und zur sozialen Wohnraumversorgung in Thüringen siehe Vollmer, Soziale Wohnraumversorgung in Thüringen.

tergesellschaft der Sparkasse. Der Gebäudebestand der WOBAG ist in Teilen saniert – beispielsweise wurden Balkone nachgerüstet – und wird insgesamt in einem besseren Zustand gehalten. Bewohner:innen der von privaten Anbietern vermieteten Gebäude berichten hingegen von verschiedenen Mängeln sowie unzureichender Instandhaltung und erschwelter Kommunikation mit dem Vermieter.

*Abbildung 1: Wohnhäuser der kommunalen Wohngesellschaft (links) und eines privaten Wohnungsunternehmens (rechts) im Quartier Beulwitz/Alte Kaserne in Saalfeld*



Quelle: eigene Aufnahmen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum bietet Raum für ausbeuterische Vermietungsstrategien. Die Vermietung an Geflüchtete gilt als lukrativ und ist als sogenanntes »Hartz-IV-Geschäftsmodell« bekannt: Immobilienkonzerne kaufen günstige Immobilien in ostdeutschen Städten von verschuldeten kommunalen Unternehmen auf, die Investitionen in die Instandsetzung werden niedrig gehalten und die Immobilien werden an Transferleistungsempfänger:innen, häufig Geflüchtete, vermietet. Große, gewinnorientierte Wohnungsunternehmen sehen in dieser Gruppe eine gesicherte Einnahmequelle für ansonsten unvermittelbare Wohnungen in schlechtem Zustand und in peripheren Wohnlagen. Aufgrund der Dringlichkeit ihrer Situation, fehlender Sprachkenntnisse und ihrer Unkenntnis über ihre Rechte als Mieter:innen nehmen viele Geflüchtete entsprechende Reparaturmängel hin und sehen davon ab, rechtliche Schritte anzustrengen. Trotz der teils prekären Zu-

stände ihrer Wohnungen ziehen sie nur selten um, da der lokale Wohnungsmarkt kaum (zugängliche) Alternativen bietet.

So berichteten uns Soziale Träger im Saalfelder Stadtteil Beulwitz/Alte Kaserne, dass Wohnungsangebote in den privilegierteren Lagen kaum für migrantisierte Personen zugänglich sind: »Es sind ganz wenig Alternativen da und in diesen guten Wohngegenden so gut wie gar nicht. Und dann ist es wahrscheinlich so, wie überall in Deutschland, dass dann Bewerber danach ausgewählt werden, wer den finanzkräftigsten und sympathischsten Eindruck macht. Da merken wir schon, dass dann die ausländischen Familien ganz niedrig dastehen« (Sozialarbeiter).

## **Zugänge zu Wohnraum: Beschränkungen des Asylsystems und Diskriminierung**

Der erschwerte Zugang zu Wohnraum für Geflüchtete liegt nicht nur in dem Mangel an geeignetem Wohnraum, sondern auch in den strukturellen Vorgaben des deutschen Asylsystems: Asylsuchende werden nach der Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Regel zunächst einer Gemeinschaftsunterkunft oder Wohnung in demselben Bundesland zugewiesen. Eine eigenständige Wohnungssuche auf dem freien Wohnungsmarkt ist erst nach Klärung des Aufenthaltsstatus möglich. Dabei sind viele Geflüchtete – abhängig von Aufenthaltsstatus und -dauer – an sogenannte Wohnsitzauflagen gebunden: Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sowie Personen mit subsidiärem Schutz und Aufenthaltsberechtigte (nach § 24 Aufenthaltsgesetz), die auf Transferleistungen angewiesen sind, sind in der Regel verpflichtet, für einen Zeitraum von drei Jahren in dem Bundesland zu verbleiben, in dem sie ihren Aufenthaltstitel erhalten haben. Diese Regelungen schränken ihre Bewegungsfreiheit und die Wahl des Wohnortes erheblich ein. Gerade für große Familien, aber auch für Einzelpersonen macht dies angesichts des ohnehin angespannten Wohnungsmarktes die Suche nach einer Bleibe zu einer großen Herausforderung.

Die Wohnungssuche wird auch noch durch andere Faktoren erschwert: Diskriminierungsmechanismen auf dem Wohnungsmarkt betreffen insbesondere Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, aber auch andere benachteiligte Gruppen wie Alleinerziehende oder Menschen mit geringem Einkommen. Viele Zugewanderte berichten von Ablehnung und Alltagsrassismus. Häufig sind sie sich bewusst, dass ihr Stadtteil von Stigmatisierung betroffen ist und damit weitere Benachteiligungen für sie verbunden sind: »Wenn du aus Beulwitz kommst, hast du quasi schon einen Stempel auf der Stirn« (zivilgesellschaftlicher Akteur).

Statistiken, wie der Bericht »Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt« der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2020, belegen, dass Zugewanderte es deutlich schwerer als Personen ohne Migrationsgeschichte haben, ei-

ne passende Wohnung zu finden.<sup>4</sup> Hintergrund sind nicht nur die häufig begrenzten individuellen Ressourcen insbesondere neuzugewanderter Geflüchteter (weniger Geld, geringere Kenntnisse der erforderlichen Bürokratie, weniger Netzwerke), sondern auch strukturelle Barrieren auf dem Wohnungsmarkt. Diese zeigen sich sowohl in offen ablehnenden Haltungen seitens einiger Vermieter:innen als auch in voraussetzungsreichen Bewerbungsverfahren und intransparenten Vergabepraktiken.

Personen, die zum Beispiel aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Erstsprache, ihres Namens oder aufgrund ihrer Religion abgelehnt werden, sind daher in besonderer Form auf die Unterstützung durch vermittelnde Instanzen wie Verwaltung oder zivilgesellschaftliche Organisationen angewiesen. Die Dichte von Migrant:innen-selbstorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ist jedoch in Ostdeutschland, insbesondere außerhalb der Ballungsräume, gering. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen berichten davon, dass sie unter besonderem politischen Druck stehen. Unsere Forschungen (auch über Saalfeld hinaus) zeigen, dass das politische Klima, das sich in dem Erstarken der AfD, Alltagsrassismus und rechts-populistischen Diskursen niederschlägt, gerade für migrantisierte und rassifizierte Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Wohnraum weiter erschwert.

## **Folgen der Wohnungskrise: Fehlbelegung, verdeckte Wohnungslosigkeit und hohe Fluktuation**

Die Regelungen des Asylrechts (zum Beispiel Duldung, temporärer Schutz) führen für viele Geflüchtete zu unklaren zeitlichen Perspektiven, die auch das Leben in den Gemeinschaftsunterkünften belasten. Das Fortdauern eines zunächst temporär gedachten Wohnens und drohende Abschiebungen verstärken die Verunsicherung vieler Geflüchteter. Aus dem Zusammenwirken von rechtlicher Unsicherheit und den restriktiven Perspektiven des lokalen Wohnungsmarkts resultiert, dass viele Geflüchtete unfreiwillig deutlich länger in peripher gelegenen Gemeinschaftsunterkünften mit wenig Privatsphäre wohnen als anfänglich geplant (sogenannte Fehlbelegung). So berichtet zum Beispiel ein Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft im Saalfelder Stadtteil Beulwitz/Alte Kaserne, der seit Erhalt seiner Aufenthaltsgenehmigung versucht, mit seiner mehrköpfigen Familie eine Wohnung zu finden, um die Gemeinschaftsunterkunft zu verlassen: »Ich habe bereits etwa 100 Anfragen an verschiedene Vermieter:innen und Wohnungsunternehmen geschickt. Aber niemand hat geantwortet.« Auch ein sogenannter temporärer Aufenthaltsstatus erschwert die Wohnungssuche. Häufig wird Geflüchteten aus der Ukraine eine

4 [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/UMFRAGE\\_Rass\\_Diskr\\_a\\_d\\_Wohnungsmarkt.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/UMFRAGE_Rass_Diskr_a_d_Wohnungsmarkt.html) (16.11.2025).

Wohnung nicht vermietet, weil sie lediglich über temporären Schutz verfügen und Vermieter:innen davon ausgehen, dass sie bald zurückkehren werden.

Ergebnis der erschwerten Versorgung mit Wohnraum ist neben der Fehlbelegung in Gemeinschaftsunterkünften ein Anstieg der (verdeckten) Wohnungslosigkeit unter Migrant:innen, also einer unsicheren Wohnsituation. Dies umfasst temporäre Mietverträge, die zudem an bestehende (nicht selten ausbeuterische) Arbeitsverhältnisse geknüpft sind, oder auch prekäre informelle Untermietverhältnisse (ohne formellen Mietvertrag) bei Freund:innen und Bekannten.

Die begrenzten Möglichkeiten, angemessenen Wohnraum zu finden, reduzieren die Bleibeperspektive in der Nachbarschaft oder Kommune und tragen zu einer hohen Bevölkerungsfluktuation bei, auch in Saalfeld: »Von dem Wohnungsangebot her kann das Quartier hier immer nur ein Ankunftsquartier bleiben. [...] Wenn Menschen ihren Aufenthaltstitel bekommen oder Familien gründen und mehr Wohnraum brauchen, dann müssen sie wegziehen« (Mitarbeiter Landkreisamt). Viele Bewohner:innen kritisieren die unzureichende Ausstattung mit Infrastrukturen und wünschen sich im Alltag kürzere Wege, zum Beispiel zu Kindergärten und Schulen. Das Zusammenwirken verschiedener Barrieren verstärkt den Wunsch nach Abwanderung aus der Stadt Saalfeld beziehungsweise dem Landkreis: Dies gilt insbesondere für viele junge Menschen, die von dem beschriebenen Mangel an bezahlbarem Wohnraum, fehlenden Perspektiven auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie individuellen Erfahrungen von Ausschluss betroffen sind. Fast 60 Prozent der Bewohner:innen des Stadtteils Beulwitz sind unter 28 Jahre alt.

Abwanderung und Fluktuation lösen bei Bewohner:innen und lokalen Akteur:innen Frustration aus: »Die Hoffnung, die die Migranten mitbringen, [...] von ihr bleibt nicht viel, wenn die Leute plötzlich wieder weggehen aus dem Quartier. [...] Man schafft es quasi nicht, sie hier länger zu integrieren. Und das tut mir so weh« (Sozialarbeiter). Das Engagement der Sozialarbeiter:innen und die zahlreichen Erfolge der integrierten Quartiersarbeit sowie der Stärkung von Teilhabe und Zusammenhalt vor Ort bleiben damit häufig unsichtbar.

## Umgang mit der Wohnungskrise auf der kommunalen Ebene

Die Handlungsspielräume lokaler Gemeinden sind mit Blick auf strukturelle Wohnprobleme und rechtlich eingeschränkte Aufenthaltsbedingungen begrenzt. Teils unklare Zuständigkeiten zwischen Kommune und Landkreis beziehungsweise begrenzte Absprachen erschweren die lokale Arbeit zusätzlich. Im Fall von Saalfeld setzen sich dennoch zahlreiche Akteur:innen aktiv für eine Verbesserung der Wohnsituation marginalisierter Menschen ein. Wichtig ist, so die Ergebnisse unserer Fallstudie, über die von Migration geprägten Quartiere hinaus zu denken und zu handeln. Denn die demografischen Entwicklungen innerhalb der Stadt sind sehr

uneinheitlich – während einige Quartiere von Bevölkerungsrückgang betroffen sind, verzeichnen andere Zuzug. Dementsprechend sind koordiniertes Planen und Handeln erforderlich.

Um den Herausforderungen auf dem lokalen Wohnungsmarkt zu begegnen, wurde in Saalfeld der »Runde Tisch Wohnen« ins Leben gerufen. Dieser besteht aus kommunalen Wohnungsunternehmen, der Landkreis- und Stadtverwaltung sowie sozialen Trägern. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und den Mangel an bedarfsgerechtem Wohnraum gemeinsam zu adressieren. Der regelmäßige Austausch ermöglicht es, bestehende Hürden zu identifizieren und gemeinsam Strategien zur Verbesserung der Wohnzugänge zu entwickeln. Durch gesicherten Wohnraum sollen Bleibeperspektiven als Beitrag zu einer gelingenden Integration eröffnet werden.

Zudem engagieren sich lokale Akteur:innen teils sehr explizit gegen Diskriminierung und politische Polarisierung im Landkreis. So arbeitet der Saalfelder Zukunftsladen seit 2015 mit Kindern und Jugendlichen, um Demokratie zu stärken und Teilhabe zu fördern. Er wird über das Bundesprogramm »Demokratie leben!« sowie das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit »Denk bunt« gefördert und engagiert sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Außerdem trägt das Quartiersmanagement in Beulwitz/Alte Kaserne mit vielfältigen Angeboten im Werkhaus zur sozialen Stärkung und Teilhabe im Quartier bei. Nicht zuletzt gehen Verwaltungsakteur:innen auch gezielt Kooperationen mit Forschungsinstitutionen ein, um wohnungspolitische Fragestellungen im Kontext von Migration auf der kommunalpolitischen Agenda zu stärken. Obwohl diese Maßnahmen strukturelle Beschränkungen nicht direkt ändern können, verbessern sie durch sozialfördernde Ansätze die Lebensqualität in der Nachbarschaft und schaffen größere Aufmerksamkeit für die Problemlagen.

## Fazit

Die Wohnungsfrage ist nicht allein ein Großstadthema. Unser Fallbeispiel Saalfeld in Thüringen zeigt, dass Wohnraum auch in Klein- und Mittelstädten Ostdeutschlands eine begrenzte Ressource ist. Hier äußert sich die Wohnfrage vorrangig mit Bezug auf bezahlbaren, bedarfsgerechten und infrastrukturell angebundenen Wohnraum. Die Parallelität von Zuwanderung und lokalen Schrumpfungsprozessen führt dabei zu neuen Herausforderungen.

Die Engpässe betreffen die ohnehin vulnerablen Bevölkerungsgruppen: Insbesondere geflüchtete beziehungsweise migrantisierte Menschen haben es schwer, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu finden. Diskriminierende und ausbeuterische Vermietungspraktiken tragen zur Segregation marginalisierter Gruppen bei. Erschwert wird die Wohnungssuche zusätzlich durch den temporären oder oft un-

klaren Aufenthaltsstatus der Geflüchteten. Als besondere Herausforderung tritt für lokale Akteur:innen der Wegzug junger Menschen hinzu, die in strukturschwachen Regionen nur geringe Perspektiven auf Ausbildungsplätze oder Arbeitsmöglichkeiten haben. Besonders kritisch ist dabei, dass die schlechte Versorgung auf dem Wohnungsmarkt nicht nur Ausdruck von Benachteiligung und Diskriminierung ist, sondern sich auch erschwerend auf die weitere gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten auswirkt.

Unsere Fallstudie zeigt: Obwohl Ostdeutschland häufig als besonders migrationsfeindlich dargestellt wird, engagieren sich lokale Akteur:innen dafür, Bleibe- und Teilhabemöglichkeiten in den Quartieren zu schaffen. Diese Ansätze entfalten allerdings nur begrenzte Wirkung, da strukturelle Herausforderungen des Wohnungsmarkts sowie rechtliche Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene kaum veränderbar sind. Darüber hinaus wird das Thema *Flucht und Wohnen* im Kontext ostdeutscher Klein- und Mittelstädte nur selten politisch thematisiert. Diese Kommunen gelten häufig als schrumpfend, im Vergleich zu Großstädten erscheinen ihre Wohnungsmärkte eher entspannt. Doch diese verbreitete Wahrnehmung täuscht. Auch Klein- und Mittelstädte in Ostdeutschland zeigen Dynamiken der diskriminierenden Wohnungsvergabe oder der ausbeuterischen Vermietung, wie sie aus anderen Regionen und Großstädten bekannt sind. Hinzu treten diverse demografische und finanzielle Herausforderungen.

Eine sozial gerechtere Wohnungspolitik sollte sich daher auch zukünftig mit der Gleichzeitigkeit von Bevölkerungsrückgang und migrationsbedingten Zuzügen auseinandersetzen und in enger Zusammenarbeit von Gemeinde und Landkreis auf eine Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt hinwirken.

## Literatur

- Mehl, Peter K./Fick, Johanna/Glorius, Birgit/Kordel, Stefan/Schammann, Hannes (Hg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands, Wiesbaden 2023.
- Schönig, Barbara: Unter dem Radar. Wohnungsfragen abseits der Wachstumsräume in Thüringer Klein- und Mittelstädten, in: Barbara Schönig/Lisa Vollmer (Hg.), Wohnungsfragen ohne Ende?! Ressourcen für eine soziale Wohnraumversorgung, Bielefeld 2020, S. 207–229.
- Steigemann, Anna Marie: First Arrivals: The Socio-Material Development of Arrival Infrastructures in Thuringia, in: Bruno Meeus/Karel Arnaut/Bas van Heur (Hg.), Arrival Infrastructures: Migration and Urban Social Mobilities, Cham 2018, S. 179–205.
- Vollmer, Lisa: Soziale Wohnraumversorgung in Thüringen. Herausforderungen und Möglichkeiten der Landesebene, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2024, <https://>

[www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie\\_2-24\\_Wohnraumversorgung.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_2-24_Wohnraumversorgung.pdf) (16.11.2025).